

Die Kommunen in Deutschland, auch die Stadt Detmold, befinden sich weiterhin in einem Spannungsfeld zwischen den Polen Verschulden oder Kaputtsparen.

Seit 1998 sind die Steuereinnahmen in Deutschland kräftig gesunken. Im Jahr 2011 waren laut Hans Böckler Stiftung 51 Mrd. Euro steuersenkungsbedingte Mindereinnahmen zu verzeichnen. Davon wiederum hatten die Kommunen fast 9 Mrd. Einnahmeausfälle zu verkraften. Und das, zuzüglich Mehrbelastungen durch Landes- und Bundesgesetze etwa im Vorschul- oder Sozialbereich, führt auch die Stadt Detmold in das Dilemma, diese Ausfälle irgendwie ausgleichen zu müssen.

Erstmalig in Detmold herrscht für 2012 wohl fast Einigkeit, dies nicht über Kassenkredite zu regeln. Der Antrag der Bündnisgrünen diesbezüglich ist eindeutig und mehrheitsfähig.

Also wird gespart. Solange man nicht allzu pingelig darüber nachdenkt, ist Sparen ja auch ein positiv besetzter Begriff. Streng genommen bedeutet Sparen nicht anderes als das Zurücklegen momentan freier Geldmittel zur späteren Verwendung.

So aber kann die Stadt Detmold nicht Sparen. Für echtes Sparen fehlen der Stadt verrückterweise die Mittel. So kommt es zu dem, was von einigen Zeitgenossen als, zugespitzt formuliert, Verzweiflungssparen bezeichnet wird.

Etwa im Bereich Personalplanung. Sparen im Bereich Personelles, was zunächst zu spürbaren Ausgabenminderungen führen kann, ist streng genommen kein Sparen, sondern ein Reduzieren – von Personal eben. Jede Kw-Stelle ist eine solche Personalreduzierung. Unterstellt, dass die reduzierten Beschäftigten während ihres betrieblichen Daseins nicht Däumchen gedreht haben, führt ihr Wegbrechen zu Arbeitsverdichtung bei den verbleibenden Beschäftigten.

Arbeitsverdichtung führt, das darf als gesicherte arbeitsmedizinische Erkenntnis gelten, zu krankheitsbedingten Ausfällen, welche wiederum zu vermehrter Arbeitsverdichtung führen. Streßbedingte Burn Outs gehören heute zu den häufigsten Gründen krankheitsbedingten Ausfalls. 40% aller Frühverrentungen sind derartigen Ursprungs. Sparen, bis der Arzt kommt. Verzweiflungssparen.

Sparen kann die Stadt Detmold auch bei freiwilligen Leistungen in den Bereichen Vereine, Soziales, Kultur. Spätestens seit dem Auslaufen der Perspektivkommission dürfte allerdings klar sein, dass dies Grenzen hat. Dass die hiermit verbundenen Einsparmöglichkeiten sehr begrenzt sind. Dennoch wird's gemacht. Vereinsleben, Kultur werden dadurch nicht bunter. Soziale

Einbindung, das hohe integrierende Potenzial von Vereinen und Initiativen wird abnehmen. Detmold verliert zudem an Attraktivität.

Des Weiteren können Ausgaben verschoben werden. Eine ebenfalls gern praktizierte Einsparmöglichkeit. Diese wiederum ist streng genommen nicht wirklich ein Sparen, sondern eben ein Verschieben. Was du heute nicht kannst besorgen, das verschiebst du halt auf Morgen. Diese Variante ist in Einzelfällen ja durchaus überlegenswert, produziert bei exzessiver Anwendung jedoch Probleme in der Zukunft. Vieles lässt sich nun einmal nicht endlos verschieben, wenn nicht gravierende Schwierigkeiten etwa infrastruktureller Art in Kauf genommen werden wollen. In vielen Kommunen in NRW ist derartiges längst Realität. Realität zum Beispiel in der Form, dass die Menschen dort nicht nur witterungsbedingte, sondern auch durch Verzweiflungssparen begünstigte Schlaglochstrecken zu meistern haben. Wird es das demnächst auch in Detmold geben?

Schön ist, dass es auch Positives zu berichten gibt. So ist der recht breite Konsens zur Aufrechterhaltung des Postens „Zuschüsse für Notsituationen, Zuschüsse für kinderreiche Familien“ im Bereich Soziales sehr begrüßenswert. Hier wurde einem Sparreflex kein Raum gegeben. Respekt!

Die Stadt Detmold will nicht nur Sparen, sie will des Weiteren ihre Einnahmeseite verbessern. Das ist grundsätzlich richtig und gut. Was die Stadt mehr einnimmt, müssen natürlich andere mehr ausgeben. Die Frage ist halt, **wer** wird denn nun um wie viel mehr belastet?

Hier muss leider gesagt werden, dass das einmal mehr die ohnehin auf allen Ebenen zunehmend belasteten Bürgerinnen und Bürger in Detmold sein werden. Belastet durch Zuzahlungen im Gesundheitsbereich, durch Gebührenerhöhungen aber auch durch Reallohnverluste usw. und so fort. Klar ist doch, dass die nicht grad geringe Erhöhung der Grundsteuer quasi nach unten durchgereicht wird, wenn sie nicht gleich dort ankommt. Etwa in Rentnerhaushalten, die sich ihr Häuschen durch lebenslange Arbeit oft mit Mühe zusammengespart haben. Es darf bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, dass das durchschnittliche Renteneinkommen in Deutschland aktuell bei Männern 931 Euro und bei Frauen 521 Euro beträgt. Da wird jede Mehrausgabe rasch zu einem Problem.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer hingegen fällt sehr moderat aus. Und das bei einer leistungsfähigen detmolder Wirtschaft. Ihre gewerbesteuermäßige Belastung würde unter Hebesatzwerten vergleichbarer Städte, wie z.B. Minden liegen. Die Annahme des Antrags der Detmolder Alternativen wäre da angemessener gewesen, wenngleich auch der Wert von 438 Punkten nach meinem Verständnis ein noch fast schonender gewesen wäre.

Immerhin ehrlich ist, dass Steuererhöhungen nun doch nicht als befristete Maßnahme den Bürgerinnen und Bürgern gewissermaßen psychologisch leichter verdaubar nahe gebracht werden sollen. Ich glaube, die Menschen wissen auch, dass eine einmal erhöhte Steuer eine entgegen anderen Beteuerungen eher zementierte Angelegenheit ist.

Ebenfalls positiv anzumerken ist, dass Auswüchse wie Bräunungs- oder Katzensteuer in Detmold bisher keine Chance hatten. Ich hoffe, dass das so bleibt.

In Zukunft ist meines Erachtens alles Denk- und Machbare zu tun, die Politik auf anderen Ebenen, insbesondere die des Bundes, in die Pflicht zu nehmen. In die Pflicht zu nehmen, endlich durch geeignete, gerechte Finanzpolitik die Einnahmeseite, auch die der Kommunen, zu verbessern, indem **die** steuerlich belastet werden, die belastbar sind. Das Konnexitätsprinzip ist streng und vielleicht auch einmal phantasievoll - da gibt es Beispiele anderer Kommunen - einzufordern. Wer etwas will, soll auch angemessen dazu beitragen. Ich bin, trotz teils verbindlicher Zusagen des Bundes, gespannt, was vor dem Hintergrund zu erwartender unvorstellbarer Altersarmut da noch alles auf uns, auf die Stadt Detmold zukommen wird.